

Edmund Dmitrów

Vergangenheitspolitik in Polen 1945-1989

Die einzelnen Aspekte einer polnischen „Vergangenheitspolitik“ werden in dieser Skizze vor allem im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1939-1945 erörtert. Der Begriff der „Vergangenheitspolitik“ wird hierbei in einem weiteren Sinne verwendet als in der Arbeit von Norbert Frei,¹ was in der unterschiedlichen Situation Polens und Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg begründet ist. Ich bezeichne damit alle im Rahmen des politischen Systems der Volksrepublik Polen realisierten Aktivitäten, die politisch, juristisch und intellektuell auf die materiellen und nichtmateriellen Hinterlassenschaften des Krieges und der deutschen Besatzung bezogen waren. Den Hauptgegenstand unseres Interesses bilden dabei die „von oben“ gesteuerten Aktivitäten der staatlichen Machthaber (im weiteren Sinne) in den Jahren 1945-1989. An zweiter Stelle werden die Phänomene berücksichtigt, welche die Einstellung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, darunter auch der oppositionellen Kreise.

1. Die deutsche Besatzungspolitik und das Deutschland-Bild in der polnischen Gesellschaft

Erst in Kenntnis der Folgen des Zweiten Weltkrieges wird verständlich, warum die Zeit 1939-1945 in den nächsten fünfzig Jahren von so großer Bedeutung für die Polen war und warum sie auch weiterhin eines der wichtigsten Elemente der polnischen Nationaltradition darstellt. Die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Krieges können nur aufgelistet

¹ NORBERT FREI, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, poln. Ausgabe Warszawa 1999.

werden: Nahezu fünf Millionen polnischer Staatsbürger, die durch den Krieg oder als Opfer von Verbrechen der deutschen Besatzer ihr Leben verloren (darunter etwa drei Millionen polnische Juden), eine tiefgreifende Verschlechterung des körperlichen und psychischen Gesundheitszustandes der Gesellschaft, ungeheure materielle Verluste sowie die Vernichtung eines beträchtlichen Teils des kulturellen Erbes, eine Verschiebung der Staatsgrenzen (Verlust eines Viertels des Gesamtterritoriums) und damit verbundene Umsiedlungen (darunter Zwangsaussiedlungen und Vertreibungen) von Millionen von Menschen, insbesondere Polen und Deutschen, sowie der Verlust der Souveränität und die erzwungene Einführung des kommunistischen Systems infolge der Eingliederung Polens in die sowjetische Einflusssphäre, was einerseits neue Opfer mit sich brachte und andererseits für 45 Jahre eine Entwicklung nach den Standards der westeuropäischen Zivilisation verhinderte.

Leon Kruczkowski, eine wichtige Persönlichkeit im kulturellen Establishment der Volksrepublik Polen, äußerte bereits 1949:

„Eines der größten Verbrechen des Hitlerfaschismus, welches keineswegs geringer einzuschätzen ist als die physische Vernichtung von Millionen von Menschen, bestand darin, dass viele europäische Völker und darunter besonders die Polen für eine längere Zeit die Überzeugung gewinnen mussten, die Deutschen seien Verbrecher – alle Deutschen, die gesamte deutsche Nation.“²

Die Soziologin Anna Pawełczyńska hat dieses Phänomen folgendermaßen erklärt:

„Die Verbrechen des Hitlerstaates bewirkten, dass im Bewusstsein der Menschen in den besetzten Ländern Europas und insbesondere im Bewusstsein der Polen, die langjährigem Terror ausgesetzt waren und zahlreiche Massenmorde an der Zivilbevölkerung erlebt hatten, die Vorstellung vom ‚deutschen Banditen‘ entstand, welche auf alle Deutschen bezogen wurde. Sie enthält ein moralisches Urteil über die unmittelbar beobachteten Verhaltensweisen und stellt eine Reaktion auf die verbrecherischen Taten dar, welche die ganze Besatzungszeit hindurch systematisch begangen wurden.“³

² Aus einem Presseinterview 1949. Adam-Mickiewicz-Literaturmuseum in Warschau, Leon-Kruczkowski-Archiv, Dok. 30, Blatt 20-21.

³ ANNA PAWEŁCZYŃSKA, Wartości a przemoc. Zarys socjologiczny problematyki Oświęcimia [Werte und Gewalt. Ein soziologischer Abriss der Auschwitz-Problematik], Warszawa 1973, S. 18f.

Kruczkowskis 1949 in Polen aufgeführtes Theaterstück „Niemcy“ („Die Deutschen“), das bald darauf auch in der DDR aufgeführt und dort unter dem Titel „Die Sonnenbrucks“ auch verfilmt wurde, sollte ursprünglich „Die Deutschen sind auch Menschen“ heißen. Der Verfasser gehörte einer Minderheit an, die in der traumatischen Zeit gleich nach dem Kriege versuchte, aus verschiedenen ideologischen und politischen Beweggründen – angefangen vom christlichen Humanismus bis hin zu einem unterschiedlich verstandenen sozialistischen Humanismus – das Bild des Deutschen in den Augen der Polen „wieder zu vermenschlichen“. Besonders vor 1948 erbrachte diese Strömung eine Reihe tiefgründiger, moralisch und psychologisch wichtiger Reflexionen. Später wurde sie vom Regime fast völlig kanalisiert und auf das propagandistische Schema der „positiven Deutschen“ aus der DDR zugeschnitten.

Einschneidend belasteten die Erfahrungen der Jahre 1939-1945 das Verständnis der gesamten Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen. Ständig wurde diese jetzt in den Rahmen eines Schemas gepresst, dem zufolge Polen – als Repräsentant oder sogar Bollwerk des Slawentums – seit tausend Jahren mit „immer den gleichen Deutschen“ kämpfen musste. Auch wenn dies keine neue Sicht der Dinge darstellte (sie stammte aus der Denkschule des polnischen Nationalismus, die seit Jahrzehnten eine breite Anhängerschaft besaß), gewann sie jetzt einen unwiderstehlichen Einfluss.

Die Kriegserfahrungen entluden sich am gewalttätigsten in der Konfrontation der Polen mit der deutschen Bevölkerung. Hier ist nicht der Ort, näher auf die komplizierte Problematik der polnisch-deutschen Beziehungen innerhalb der neuen Staatsgrenzen in den Jahren 1945-1949 einzugehen. Überhaupt ist es sehr schwierig, die damaligen Überzeugungen, Haltungen und Verhaltensweisen zu quantifizieren. Allerdings lassen sie sich beim jetzigen Stand der Forschungen etwas besser qualifizieren. Wesentlich war die Überzeugung, die Deutschen hätten durch ihr Verhalten bewiesen, dass sie ein gefährliches Volk seien, mit dem man nicht innerhalb der Grenzen eines Staates zusammenleben könne. Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit äußerte sich in einer Vielzahl von Haltungen; sehr häufig reduzierten sie sich allerdings auf den Willen zur Revanche und Rache für all das Leid und Unrecht, das den Polen von deutscher Seite zugefügt worden war. Auch Chaos und Armut, die kriegsbedingte starke Demoralisierung, das Gefühl der Vorläufigkeit und Straflosigkeit, die Willkür der sowjetischen Truppen und die Schwäche der polnischen Organe sind hierbei in Betracht zu ziehen. Wichtig waren einerseits die

Prämissen und Ziele der kommunistischen Machthaber und andererseits die Umsetzung ihrer Politik auf den unteren Ebenen des Regimes; hier ließ sich z.B. eine Duldung der Kriminalität beobachten. Die Lage der Deutschen wurde besonders durch niedrige Motive in der polnischen Umgebung wie Habgier und Willen zur illegalen Bereicherung erschwert.

2. Die juristische Verfolgung deutscher Kriegsverbrechen

Die Politik Deutschlands im besetzten Polen war so stark als Unrecht empfunden worden, dass die Hoffnung auf einen Sieg der Gerechtigkeit und die Bestrafung der Schuldigen zu einem wichtigen Überlebensfaktor wurde. Besonders die Widerstandsbewegung bemühte sich, diese Hoffnung aufrechtzuerhalten, und sammelte Beweismaterial für eine gerechte Bestrafung der Kriegsverbrecher nach dem Kriege. Im Untergrund wurde auch eine eigene Gerichtsbarkeit organisiert, die bestimmte Delikte deutscher Funktionäre des Besatzungsapparates sowie ihrer polnischen Helfer untersuchte. Ihre Urteile eichten von Warnungen oder der Abberkennung der Ehrenrechte bis hin zur Todesstrafe. Einige davon wurden in der konspirativen Presse veröffentlicht.⁴ Die polnische Exilregierung versuchte ihrerseits, dem Problem der Bestrafung der Kriegsverbrecher eine entsprechende völkerrechtliche Bedeutung zu verleihen; zu diesem Ziel wurde u.a. eine Reihe gemeinsamer Deklarationen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition verabschiedet.

Seit 1944 nahmen in dem von der deutschen Besatzung befreiten Teil des Landes Staatsanwaltschaft und Gerichte ihre Tätigkeit auf, die von den kommunistischen Behörden unter der Aufsicht sowjetischer Berater organisiert wurde. Sie sollten selbstverständlich als Grundlage des neuen Regimes dienen. Die Kommunisten verstanden dabei sehr wohl, welch große Bedeutung die Bestrafung der Kriegsverbrechen für die Bevölkerung besaß. So griffen die Behörden „von unten“ ausgehende Initiativen zur Selbstreinigung der Gesellschaft auf und kündigten gegen Ende 1944

⁴ Siehe dazu: LESZEK GONDEK, *Polska karząca. Polski podziemny wymiar sprawiedliwości w okresie okupacji niemieckiej* [Strafendes Polen. Die polnische Untergrundjustiz in der Zeit der deutschen Besatzung], Warszawa 1988; PAWEŁ MARIA LISIEWICZ, *W imieniu Polski Podziemnej. Z dziejów wojskowego sądownictwa specjalnego Armii Krajowej* [Im Namen Polens im Untergrund. Zur Geschichte der militärischen Sondergerichte der Heimatarmee], Warszawa 1988.

im befreiten Teil Warschaus eine Aktion gegen Kollaborateure an. Diese wurde allerdings schnell wieder abgebrochen.⁵ Wenn sich die Kommunisten für eine Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure aussprachen, dann konnten sie damit lautstark ihre Verbundenheit mit dem Volkswillen demonstrieren. Gleichzeitig instrumentalisierten sie diese Frage zynisch zur Festigung ihrer Macht; die damit einhergehenden Fälschungen und Manipulationen erreichten in den Jahren 1944-1956 ihren Höhepunkt.

In Bezug auf Verbrechen aus der Zeit des Krieges gründete sich das Gerichtswesen auf eine Reihe von Rechtsakten, in erster Linie auf das Dekret vom 31.8.1944 „Über die Strafbemessung für die hitlerfaschistischen Verbrecher, die der Tötung und Misshandlung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter an der polnischen Nation“ – das sog. Augustdekret, das in den Jahren 1945-1949 fünfmal novelliert wurde. Dieses Gesetz lieferte den Behörden die Grundlagen zur Aburteilung von Deutschen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt waren, von polnischen Kollaborateuren sowie von wirklichen und angeblichen politischen Feinden des Systems.

Es ist schwierig, die Tätigkeit der Gerichte statistisch zu erfassen, da einerseits die Quellen nur noch unvollständig überliefert sind, und andererseits das Justizwesen in den Kampf mit dem sog. reaktionären Untergrund verstrickt war. Dies stellt die Richtigkeit vieler damaliger Urteile heute in Frage. Die in der Literatur genannten Zahlen der aufgrund des Augustdekrets in den Jahren 1944-1949 verurteilten Personen reichen von zehn- bis fast zwanzigtausend – darunter etwa 5.500 Personen deutscher Abstammung.⁶ Darunter befanden sich 1.817 aus dem besetzten Deutschland nach Polen ausgelieferte Personen; 1.670 von ihnen standen schließlich vor polnischen Gerichten (101 davon wurden freigesprochen, 193 zum Tode verurteilt, der Rest erhielt Gefängnisstrafen). Die Gesamtzahl der Personen, gegen die auf der Grundlage des Augustdekrets Er-

⁵ EDMUND DMITROW, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945-1948 [Die Deutschen und die hitlerdeutsche Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945-1948], Warszawa 1987, S. 149.

⁶ LESZEK KUBICKI, Zbrodnie wojenne w świetle prawa polskiego [Die Kriegsverbrechen im Lichte des polnischen Rechts], Warszawa 1963, S. 180-184. Vgl. ELŻBIETA KOBIERSKA-MOTAS, Ekstradycja przestępcoów wojennych do Polski z czterech stref okupacyjnych Niemiec 1946-1950 [Die Auslieferung von Kriegsverbrechern aus den vier Besatzungszonen Deutschlands nach Polen 1946-1950], Teil 2, Warszawa 1992, S. 6-18.

mittlungsverfahren eingeleitet wurden, wird auf 80.000-100.000 geschätzt.⁷

Im Jahre 1945 wurde ein besonderes Amt geschaffen, das sich mit dem Problem der Kriegsverbrechen befassen sollte – die „Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen“. Allein schon die Tatsache, dass diese Bezeichnung 1949 – im Zusammenhang mit der Gründung der DDR – in „Hauptkommission zur Untersuchung der hitlerfaschistischen Verbrechen“ und 1991 in „Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk“ umbenannt wurde, veranschaulicht die Verschiebung der Schwerpunkte auf diesem Gebiet der Vergangenheitspolitik.

3. Das heikle Problem der Kollaboration

Alle Funktionäre der polnischen Polizei aus der Besatzungszeit (wegen der Farbe ihrer Uniformen als „blaue Polizei“ bezeichnet) mussten sich einem Rehabilitierungsverfahren unterziehen. Dafür waren die Gerichte sowie eine Spezialkommission zuständig. Deren Angaben von Ende 1946 zufolge wurden von 5.382 eingegangenen Anträgen 113 negativ beschieden.⁸ In den Jahren 1945-1948 fanden zudem mehrere Aufsehen erregende Prozesse gegen Personen statt, die der Kollaboration – meistens mit dem Propagandaapparat der Nazis – bezichtigt wurden. Ein Teil davon endete mit Freisprüchen, womit die öffentliche Meinung sehr unzufrieden war. Mit ähnlichen Fällen befassten sich auch spezielle Standesgerichte oder Überprüfungskommissionen in einzelnen Berufsgruppen wie z.B. bei den Schauspielern. 1948 wurde im Justizministerium ein Sonderbeauftragter für die Strafverfolgung von Personen berufen, die der Kollaboration mit den Deutschen verdächtig waren.

Die Beurteilung der Haltungen aus der Besatzungszeit sowie die Geschichte der Nachkriegsabrechnung mit der Kollaboration wird bis heute kontrovers diskutiert.⁹ Mit Schuld daran war die „von oben“ ge-

⁷ Ebd., S. 19.

⁸ DMITRÓW, Niemcy i okupacja hitlerowska (wie Anm. 5), S. 146f.

⁹ TOMASZ SZAROTA, Referat auf der Konferenz in Rom (April 1998): *Kolaboracja z okupantem niemieckim i sowieckim w oczach Polaków – wówczas, wczoraj i dziś* [Die Kollaboration mit den deutschen und sowjetischen Okkupantnen in den Augen der Polen – damals, gestern und heute], S. 10-14. Dieser Text wird demnächst in italienischer Sprache erscheinen. Ich danke dem Verfasser, der mir das Typoskript zur Verfügung gestellt hat. Vgl. die redak-

steuerte Instrumentalisierung dieser Problematik, die übrigens auch nach 1956 weitergeführt wurde. Nun traten aber auch opportunistische Rücksichten stärker in den Vordergrund, die den Behörden nahe legten, solche Fragen eher ruhen zu lassen. Vorrang hatte die Aufrechterhaltung der zerbrechlichen inneren Ruhe; zudem war der Verdacht, es mit neuen Manipulationen zu tun zu haben, ständig gegenwärtig. Andererseits existierten auch Tendenzen, jene Erfahrungen aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen, die nicht zu dem Bild Polens als eines „Landes ohne Quisling“ passten. Im Prinzip entsprach diese Bezeichnung der Wahrheit – in Polen gab es während der deutschen Besatzung weder eine Kollaborationsregierung noch auf Seiten des Dritten Reiches kämpfende militärische Verbände –, gleichzeitig verbarg sich dahinter jedoch ein idealisiertes Geschichtsbild. Es wurden zwar Versuche unternommen, persönliche Haltungen während des Krieges nach wissenschaftlichen Kriterien zu beurteilen (insbesondere im Künstlermilieu),¹⁰ aber generell wurde das Kollaborationsthema in der polnischen Historiographie nur selten aufgegriffen.

4. Der doppelte Sieg der Kommunisten über Deutschland und die polnische Vorkriegsordnung

Weil die Kommunisten die Unterstützung der Gesellschaft gewinnen wollten, neigten sie durchaus zu Pragmatismus und Opportunismus, soweit dies ihre Macht festigen konnte; sie passten sich den gesellschaftlichen Stimmungen an und griffen Elemente fremder Konzeptionen, bestimmte Phrasen oder Symbole auf. Eine der wenigen Ebenen, auf denen sie eine gewisse Anerkennung als Repräsentanten der nationalen Interessen finden konnten, bildete die Problematik der Deutschen und der polnisch-deutschen Beziehungen. Die deutsche Frage ermöglichte ihnen einen Dialog mit der Gesellschaft sowie eine Integration unter nationa-

tionelle Diskussion in: *Pamiętnik Teatralny* 46 (1997), S. 4-35.

¹⁰ Siehe *Pamiętnik Teatralny*, Ausgabe Oktober 1963. Zu den Ergebnissen einer Neuinterpretierung früherer Befunde und neuerer Untersuchungen siehe: EDWARD KRASIŃSKI, Działalność komisji weryfikacyjnych ZASP 1945-1949 [Die Tätigkeit der Überprüfungs-kommissionen des Verbandes Polnischer Bühnenkünstler in den Jahren 1945-1949], in: *Pamiętnik Teatralny* 46 (1997), S. 36-112; JANINA HERA, Losy aktorów w Generalnym Gubernatorstwie (wrzesień 1939 – 1. sierpień 1944) [Schauspielerschicksale im Generalgou-vernement (September 1939 – 1. August 1944)], ebd., S. 315-398.

len, patriotischen Vorzeichen. In der Anknüpfung an die Vergangenheit – und unter Ausklammerung anderer Bereiche – konnten die Kommunisten zwar noch weitere Berührungspunkte finden, aber keiner eröffnete solche Möglichkeiten wie dieser. An dieser Stelle muss noch eine weitere, wenn auch verdeckte Funktion der deutschen Frage hervorgehoben werden: Sie erfüllte eine wichtige Rolle bei der Milderung der antisowjetischen Einstellung der Polen und bei der Entschärfung der in der Gesellschaft populären „Theorie von den zwei Feinden“ Polens (Deutschlands und der UdSSR).

Einerseits lehnten die Kommunisten das überkommene polnische Geschichtsbild ab, andererseits jedoch übernahmen sie bestimmte Elemente der nationalen Tradition. Ihre Kritik richtete sich insbesondere gegen die aufständisch-romantische Tradition sowie die gesellschaftlichen und politischen Eliten der polnischen Nation. Die Rolle der Kirche, des Klerus und der Religion in der Vergangenheit wurde als reaktionär gebrandmarkt. Dagegen exponierten die Kommunisten eine plebejische und laizistische Kultur sowie die Rolle der Volksmassen; besonders verherrlicht wurde die – übrigens verfälschte – Tradition der Arbeiterbewegung.

Die Niederlage des Warschauer Aufstandes von 1944 hatte – neben anderen fatalen Folgen – eine Krise in der Gesellschaft ausgelöst.

„Sie verursachte tiefe Niedergeschlagenheit sowie eine Krise des Glaubens an den Westen und machte das ganze Ausmaß der Abhängigkeit von Russland deutlich. Außerdem schmälerte sie auch die Autorität der Führer des Untergrunds und der Londoner Exilregierung.“¹¹

Weitere Beweise dafür, dass die (auf eine Verteidigung der traditionellen Werte zielende) Politik der Exilregierung ein Fiasko erlitt, lieferten die Entscheidungen von Jalta, die in Polen allgemein als Ausverkauf der polnischen Interessen an Stalin durch die westlichen Alliierten verstanden wurden, und später die faktische Zustimmung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zur sowjetischen Willkür. Unter diesen Bedingungen entbrannte der seit dem 19. Jahrhundert geführte Streit zwischen dem aufständisch-romantischen und dem positivistisch-realistischen Modell des polnischen Patriotismus mit neuer Kraft. Die Wirklichkeit lieferte den Befürwortern des Realismus starke Argumente; es galt,

¹¹ ANDRZEJ FRISZKE, *Opozycja polityczna w PRL 1945-1980 [Die politische Opposition in der Polnischen Volksrepublik 1945-1980]*, Londyn 1994, S. 9.

angestrebte Ziele und vorhandene Kräfte gegeneinander abzuwägen und zur Rettung der nationalen Existenz dem Idealismus abzuschwören. Schon früher, unter dem Einfluss der Niederlage im September 1939, hatte sich eine Welle der Kritik an der Staatsführung und am politischen System der Zweiten Republik erhoben; in zusehends breiteren Kreisen sah man die Notwendigkeit von Reformen hin zu einem mehr „auf das Volk bedachten“ Polen. In der Bevölkerung gärte es, was einerseits von der kommunistischen Agitation gefördert wurde, andererseits aber auch von einem zunehmenden staatsbürgerlichen Bewusstsein bei den Arbeitern und Bauern sowie von einer authentischen Furcht vor einer Rückkehr des „herrschaftlichen“ Polen zeugte. In ganz unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen entstand ein Bedürfnis nach einer Neubewertung der nationalen Geschichte, in der bestimmte Aspekte lange wenig beachtet worden waren. Auch deshalb ging der Vorstoß der Kommunisten gegen die historischen Traditionen keineswegs ins Leere.

Er richtete sich gegen die zwanzigjährige Geschichte der Zwischenkriegszeit und setzte den damaligen polnischen Staat in ein denkbar ungünstiges Licht. Den früheren Machthabern wurden nicht nur jegliche positive Errungenschaften abgesprochen, sondern man warf ihnen zudem einen antinationalen Charakter vor; die Regierungen der sog. *Sanacja*-Zeit (1926-1939) wurden geradezu als faschistisch bezeichnet. Das überzeugendste Argument für den Bankrott der Zweiten Republik und ihrer Eliten bildete die Niederlage im Krieg mit den Deutschen im September 1939.

Als wichtigstes Angriffsfeld gegen die historischen Traditionen galt die Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Heftig kritisierten die Kommunisten die Tätigkeit der polnischen Exilregierung sowie die Arbeit der ihr unterstehenden Strukturen im besetzten Polen. Es ging darum, (1) die Übereinstimmung der politischen und militärischen Konzeptionen des Exils mit den nationalen Interessen zu negieren; (2) seine Errungenschaften und Verdienste im Krieg in Frage zu stellen und schließlich (3) die Legitimation der Exilregierung zur Führung der Nation generell in Zweifel zu ziehen. Gegen die Heimatarmee (AK) wurden schwerste Anklagen vorgebracht. Sie wurde als reaktionäre militärisch-politische Kraft hingestellt, die lediglich „Gewehr bei Fuß“ stand, den Kampf gegen die Besatzer hemmte und noch dazu diejenigen Untergrundorganisationen bekämpfte, welche eine Strategie des „sofortigen Kampfes“ realisierten (damit waren natürlich die Kommunisten gemeint); man schreckte auch nicht davor zurück, sie der Zusammenarbeit mit den

Deutschen zu bezichtigen. Besonders scharf verurteilt wurden die Politiker und Militärs, welche die Entscheidung für den Warschauer Aufstand getroffen hatten; sie wurden des Verbrechens gegen die Nation beschuldigt und für den Untergang Warschaus verantwortlich gemacht.

Indem die Kommunisten die Vorstellungen von einer „verbesserten“ polnischen Geschichte mit ihrer eigenen Geschichtsmythologie verknüpften, präsentierten sie eine spezifische Version des Geschichtsverlaufs, die ihre Herrschaft stärken und patriotisch legitimieren sollte. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Instrumentalisierung des Sieges der Koalition gegen Nazideutschland. Die Kommunisten stilisierten das Kriegsende zum Untergang des alten und zur Geburt eines neuen Polen. Während sie sich an der Seite der mächtigen sowjetischen Schutzmacht präsentierten, nahmen sie andererseits für sich in Anspruch, die besten Erben der polnischen nationalen Traditionen zu sein. Ihre Herrschaft erschien so als die vernünftigste Lehre aus den Erfahrungen der Geschichte.

Der Tag des Sieges, der von den Machthabern Volkspolens zur Erinnerung an den 9. Mai 1945 (nach sowjetischem Stil) eingeführt wurde, besaß einen hohen Rang in der Hierarchie staatlicher Rituale. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Bildes der Vergangenheit wurden die staatlichen Feiertage der Vorkriegszeit aus dem offiziellen Festkalender gestrichen, wie z.B. der Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit (11. November 1918) oder der Jahrestag der Annahme der Verfassung von 1791 am 3. Mai. Ersetzt wurden sie durch den Feiertag der Wiedergeburt Polens am 22. Juli zur Erinnerung an die (fiktive) Proklamierung des Manifestes der ersten kommunistischen Regierung („Polnisches Komitee für die Nationale Befreiung“) im Jahre 1944, sowie durch den Tag der Arbeit am 1. Mai.

Der anlässlich der Feiern zum Jahrestag des 9. Mai geweckte Stolz auf den Sieg sollte nach Absicht der Machthaber das Gefühl der Niederlage, Demütigung und Knechtung überwinden helfen, das durch den Krieg und die Sowjetisierung Polens nach 1945 hervorgerufen war. Mit Pathos und Triumphalismus wurde die Beteiligung von Einheiten der polnischen Armee in Stärke von weniger als 20.000 Soldaten (bei einer halben Million Teilnehmer des Sturmangriffs) bei der Einnahme der Hauptstadt Deutschlands dargestellt. Dabei wurde betont, dass durch die Einbeziehung polnischer Einheiten bei dieser Operation den Polen – zumindest symbolisch – historische Gerechtigkeit widerfahren sei, die sie deshalb verdient hätten, weil sie vom ersten bis zum letzten Kriegstag gekämpft

und große Opfer gebracht hätten. Der Mai 1945 sei die Revanche für die Niederlage im September 1939. Zentrales Element der Siegessymbolik war die „über den Ruinen von Berlin wehende“ polnische Flagge. Ein häufig reproduziertes Foto zeigt, wie diese Flagge von polnischen Soldaten auf der Siegessäule aufgepflanzt wurde.

Die Interpretation der Vergangenheit als Geschichte des Sieges legitimierte das Regime, weil sich die Kommunisten in der Rolle der alleinigen Sieger und Vollstreckter der historischen Gerechtigkeit präsentierten. Ihnen war die Überwindung des ewigen Feindes – der Deutschen – sowie die Eingliederung der Gebiete an Oder und Neiße zu verdanken. Die territorialen Gewinne im Westen und Norden wurden von der Bevölkerung allgemein als der vielleicht einzige, aber dennoch wichtige Erfolg Polens empfunden. Um die historische Bedeutung ihrer eigenen Erfolge herauszustreichen, griffen die Kommunisten mit quasi-historischen Begriffsverbindungen bedenkenlos auf Ausdrucksformen und Symbole des polnischen Nationalismus zurück. In der Sprache der Propaganda und in der historischen Erziehung der Bevölkerung wurde der Kampf um Berlin seit 1945 jahrzehntelang mit dem Sieg von Grunwald (Tannenberg) im Jahre 1410 gleichgesetzt, gleichsam als eine neue, bessere Version dieses Sieges, die endlich der tausendjährigen Bedrohung Polens ein Ende setzte. Ergänzt wurden die bis zum Überdruss wiederholten historischen Reminiszenzen durch den noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden und jetzt entsprechend zugeschnittenen Gedanken der slawischen Solidarität. Alles zusammen mündete in das Lob der Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf gegen den germanischen „Drang nach Osten“; das neue Bündnis beanspruchte, eine Geburtsurkunde aus dem Mittelalter zu besitzen.

Eine Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart konnte auch über die Traditionen des Kampfes um den gesellschaftlichen Fortschritt in Polen geknüpft werden, welche die Kommunisten ausschließlich für sich in Anspruch nahmen. Ihrer Geschichtsdeutung zufolge hatte Polen während des Krieges mit zwei Feinden kämpfen müssen – mit Deutschland und mit der polnischen Ausbeuterklasse –, um zwei Ziele zu erreichen: die nationale und die soziale Befreiung. Auf diese Weise wurde ein *Junktim* zwischen dem Sieg im Krieg und der Einführung der kommunistischen Ordnung geschaffen.

5. Das offizielle Bild von der Vergangenheit und die Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft

Der von den Kommunisten monopolisierte Sieg wurde gleichzeitig als ein fortwährend bedrohtes Gut dargestellt. Das Interpretationsschema „Sieg im Mai 1945 = Oder-Neiße-Grenze = Frieden = Sozialismus = Bündnis mit der UdSSR“ ermöglichte in Verbindung mit der Bedrohungsthese weitreichende Manipulationen. Bei der Bekämpfung tatsächlicher oder erfundener politischer Gegner war man bemüht, sie mit „deutschen Verbindungen“ zu belasten. Als äußere Bedrohung figurierte vor allem Deutschland, das seit den fünfziger Jahren in einer doppelten Rolle auftrat: die Bundesrepublik wurde als Erbin des Nationalsozialismus und einer seit ewigen Zeiten polenfeindlichen germanischen Politik dargestellt, die Deutsche Demokratische Republik dagegen verkörperte jetzt die Rolle einer „Garantin des Friedens“, d.h. der Oder-Neiße-Grenze. In der antiamerikanischen Propaganda stand im Mittelpunkt, dass die USA als Schutzmacht der Bundesrepublik das in ihr wurzelnde Übel unterstützen würden. Ende der sechziger Jahre erweiterte sich die Reihe der Feinde um Israel. Auf der Suche nach Möglichkeiten einer Nobilitierung des Antisemitismus wurde damals die These von einer angeblichen Achse Tel Aviv-Bonn aufgebracht.

Auf gesellschaftlicher Ebene nahm die kollektive Erinnerung an den Krieg in gewissem Ausmaß die Form eines öffentlichen Diskurses an. Die Abrechnungen mit der Zeit 1939-1945 waren anfangs spontan, und die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung konnten – mit Ausnahme der offenen Gegner des Systems – verhältnismäßig frei ihre Meinungen äußern. In der öffentlichen Meinung fand das martyrologische und heroische Bild des Krieges, welches das Leiden, den unbeugsamen Widerstand, den heroischen Kampf und die Solidarität der Polen in den Vordergrund stellte, starken Widerhall. Ein Nebenmotiv in der Diskussion bildete die Überwindung der Vergangenheit, welche im Namen der psychischen und moralischen Gesundung der Nation notwendig sei. Vertreter verschiedener intellektueller Kreise forderten, die Reflexion über die Geschichte des Krieges zu vertiefen, moralische, psychologische und geschichtsphilosophische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und die tragischen Erfahrungen jener Zeit zu verarbeiten.

Von Anfang an war der Missklang zwischen der kollektiven Erinnerung der Gesellschaft und der von den Kommunisten verkündeten Version der Geschichte offensichtlich. Von den öffentlichen Abrechnungen

blieb vor allem all das ausgeschlossen, was die Polen unter der Herrschaft der Sowjetunion erlitten hatten: in den 1939-1941 besetzten polnischen Gebieten, dann nach 1944 (bis 1989 durfte nicht von „sowjetischer Okkupation“ gesprochen werden), aber auch tief in der UdSSR. Tabu waren insbesondere die massenhaften Repressionen und Verbrechen des sowjetischen Terrorapparates. „Weiße Flecken“ bedeckten auch die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1939-1941.

Das Geschichtsbild der Bevölkerung einerseits und das offiziell propagierte andererseits divergierten am stärksten während der Jahre des Stalinismus 1948-1956, als sich die Kommunisten die schnelle und vollständige Umgestaltung des Bewusstseins der Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatten. Ein Signal zur Radikalisierung der Vergangenheitspolitik – und in der weiteren Perspektive der gesamten Innenpolitik – bildete die Einschätzung der kommunistischen Führung, die Beschäftigung mit der Kriegsmartyrologie würde die Aufmerksamkeit der Gesellschaft allzu sehr in Anspruch nehmen. Allerdings bedeutete der Appell eines bekannten Parteiaktivisten, die Polen müssten sich „brutal und mit Gewalt“ von ihrer noch frischen Vergangenheit losreißen,¹² keinen Befehl zum Vergessen. Darin kam eher das Bestreben zum Ausdruck, die kollektive Erinnerung nach kommunistischem Muster umzugestalten. Die Darstellung des Krieges sollte sich jetzt ausschließlich auf Motive des „aktiven Kampfes“ und des Sieges konzentrieren sowie auf die „von oben“ angewiesenen Helden der Roten Armee, der unter sowjetischer Führung operierenden polnischen Armee sowie der kommunistischen Partisanenbewegung. Das Bild der Vergangenheit wurde völlig der Grundprämisse für die Errichtung des Kommunismus in Polen untergeordnet, der „Umschmiedung der Seelen“.

Die zweite Stoßrichtung dieser Politik richtete sich gegen die Traditionen der nationalen Unabhängigkeit sowie gegen ihre Träger in der Gesellschaft. Bereits 1944 hatten Kampagnen zur „Entlarvung der Zusammenarbeit“ der Heimatarmee (AK) mit den Nazis eingesetzt. Aus taktischen Gründen lockerten die Kommunisten dann vorübergehend ihren Kurs und schufen den Anschein nationaler Eintracht. Die Politik wechselte zwischen Repression und Amnestie und zerschlug so sowohl die illegale (1945 erreichte der antikommunistische Untergrund 80.000

¹² JERZY BOREJSZA, Obrachunki na węzłowej stacji [Abrechnungen an einem Knotenpunkt], in: Kuźnica Nr. 50 vom 24. Dezember 1946.

Personen) als auch die legale Opposition (die größte oppositionelle Partei, die Polnische Bauernpartei PSL, zählte im Frühjahr 1946 mindestens eine halbe Million Mitglieder). Dabei diente der Vorwurf der Kolaboration mit den Deutschen regelmäßig zur Bekämpfung der politischen Gegner. Zum Beispiel lieferte er den Vorwand dafür, dass im Rahmen der Kampagne zur Vorbereitung der Gesellschaft auf die Parlamentswahlen im Januar 1947, deren Ergebnisse später von den Kommunisten ohnehin gefälscht wurden, etwa eine halbe Million Bürger ihres Stimmrechts beraubt wurden. Die Gefängnisse waren gefüllt mit Zehntausenden ehemaliger Untergrundkämpfer aus der Zeit des Krieges, denen es gelungen war, der Ermordung durch die Deutschen zu entgehen. In Geheimprozessen wurden sie der Zusammenarbeit mit dem Feind beschuldigt und aufgrund gefälschter Beweismittel zum Tode oder zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Von der Propaganda als Faschisten und Gestapoagenten gebrandmarkt, lebten sie im günstigsten Fall mit dem Status von Bürgern dritter Klasse. Zum Symbol dieses Kapitels der Vergangenheitspolitik wurden Plakate mit Aufschriften wie: „Die Heimatarmee – der geifernde Zwerg der Reaktion“ oder „Schmach den faschistischen Bütteln der Heimatarmee“.

Mitte der fünfziger Jahre vollzog sich eine Wende in der Innenpolitik. In einem liberalerem politischen Klima wurden die schlimmsten Formen des Terrors beendet und die meisten politischen Gefangenen freigelassen. Damit wurde der erste Schritt zu einer von Verlogenheit freien Sicht auf die Geschichte des Krieges ermöglicht. Dieses „Tauwetter“ innerhalb des Systems blieb allerdings ohne größeren Einfluss auf das Verhältnis zu Deutschland. Dieses blieb auch weiterhin von Furcht dominiert, welche durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik noch angeheizt wurde. „Die Überzeugung, dass die Westgrenze des Landes bedroht sei, war in Polen geradewegs zu einer Zwangsvorstellung geworden.“¹³ Zum Anwachsen des Bedrohungsgefühls trug auch die Stärkung der Position der DDR innerhalb des Sowjetblocks bei. Andererseits galt die Sowjetisierung Ostdeutschlands bei den Polen, die dem Kommunismus und besonders der Sowjetunion gegenüber negativ eingestellt waren, durchaus als gerechte Strafe für den Nationalsozialismus.

¹³ JERZY HOLZER, Uraz, nacjonalizm, manipulacja. Kwestia niemiecka w komunistycznej Polsce [Trauma, Nationalismus, Manipulation. Die deutsche Frage im kommunistischen Polen], in: Rocznik polsko-niemiecki 1(1992), S. 7-17, hier S. 13.

Die Bereitschaft der volkspolnischen Führung zu Konzessionen an die kollektive Erinnerung lebte in den sechziger Jahren erneut auf, als sich nach einigen Jahren der Stabilisierung die nächste Systemkrise abzuzeichnen begann. Seit 1964 hatten in einem Teil des Partei- und Staatsapparats nationalistische Tendenzen an Einfluss gewonnen. In ihrem Bestreben, die schwächer werdenden Verbindungen mit der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, unternahm die Partei

„[...] den Versuch, bestimmte Elemente der Geschichte und Tradition zu adoptieren, ja geradezu zu vereinnahmen sowie ein mythologisches Geschichtsbild der kommunistischen Widerstandsbewegung im Kanon der nationalen Tradition zu schaffen. Das Ergebnis war ein inkohärentes Konglomerat von Symbolen und Werten, die aus unterschiedlichen ideologischen Systemen einschließlich des nationalistischen stammten.“¹⁴

Allerdings durfte das Paradigma der Geschichte des Krieges keinesfalls als Ganzes in Frage gestellt werden. Es gehörte nämlich zu den fundamentalen Bezugspunkten für die Geschichte der „Volksmacht“, die nicht einmal unter dem Druck einer tiefen Krise einer Umwertung unterliegen durften. In der Sprache der zeitgenössischen Theorien kollektiver Identität könnte man formulieren, dass es eine Basis für den Gründungsmythos der Volksrepublik Polen bildete.

Dabei wurde – wie in einer offiziellen Verlautbarung aus dem Jahre 1965 – mit Bedauern festgestellt, dass in der Gesellschaft weiterhin das Bewusstsein der Martyrologie der Besatzungszeit lebendiger war als das des ungeheuren Beitrages der „fortschrittlichen Kräfte“ (d.h. der Kommunisten und der UdSSR) zum Sieg, deren heldenhafter Kampf eben kein „vergebliches Duldertum“ und „Aufwerfen von Steinen zu einer Barrikade“ war, sondern die Umsetzung der einzig richtigen Konzeption darstellte.¹⁵ Unfreiwillig bestätigte dies, dass die Tradition der Heimatarmee den gefährlichsten Schlag von Seiten des Systems überlebt hatte. Man war jedoch auch weiterhin bemüht, sie zu unterdrücken oder wenigstens mit Hilfe einer eigenen Version einer heroischen Tradition zu neutralisieren.

¹⁴ KRYSTYNA KERSTEN, Między wyzwoleniem a zniewoleniem. Polska 1944-1956 [Zwischen Befreiung und Knechtung. Polen 1944-1956], Londyn 1993, S. 177.

¹⁵ Äußerung des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Marian Spychalski für die Zeitung „Trybuna Ludu“ Nr. 126 vom 8. Mai 1965.

In dieser Situation entwickelten sich zwei Historiographien der neuesten Geschichte und insbesondere des Zweiten Weltkrieges – eine im Lande selbst, die andere in der Emigration. Das Monopol der Machthaber der Volksrepublik auf die Gestaltung der Sicht der Vergangenheit wurde Mitte der siebziger Jahre gebrochen, als Kreise der illegalen Opposition illegal (im sog. „zweiten Umlauf“) Übersetzungen ausländischer Literatur sowie im Ausland entstandener Arbeiten polnischer Autoren herauszugeben begannen.

6. Die Legitimierung der Eingliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete

Das politische forcierte Ausblenden gewisser Aspekte der Vergangenheit lastete besonders schwer auf der Wahrnehmung der Geschichte Polen eingegliederten Gebiete ehemaligen deutschen Ostgebiete. In öffentlichen Begründungen für die Grenzverschiebung wurde das entscheidende Argument, dass es sich hierbei um eine Entschädigung für den Verlust der östlichen Hälfte des polnischen Vorkriegsterritoriums zugunsten der UdSSR handele, als anstößig empfunden und verschwiegen. In den Vordergrund rückte statt dessen eine historische Argumentation mit dem Dogma, Polen sei lediglich in „uralte piastische Gebiete“ zurückgekehrt. Auf diese Weise wurde auf Ideen zurückgegriffen, die bereits vor 1939 in gewissen, mit der Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe, SN) verbundenen Kreisen der polnischen Rechten formuliert worden waren. Bei der Beschreibung dieser ideologischen Symbiose zwischen Kommunisten und ihren geschworenen Gegnern verweist Włodzimierz Borodziej mit Recht auf die unvergleichliche Funktionalität der Theorie von den „die Wiege des Vaterlandes bildenden Gebieten“ sowie auf ihre Konsequenzen im sprachlichen Bereich. Bekanntlich stellten die Orts- und Landschaftsbezeichnungen einen besonders umstrittenen Punkt in den polnisch-westdeutschen Beziehungen nach 1945 dar.

„Vor dem Krieg galten Pommern und Schlesien als ‚die Wiege des Vaterlandes bildende Gebiete‘, nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie als ‚wiedergewonnene Gebiete‘ bezeichnet. Weil sie früher einmal zum Staat der Piasten gehört hatten, wurde ihre Polonisierung zur ‚Repolonisierung‘. Und weil die deutsche Präsenz in diesen Gebieten gleichsam nur vorläufig war – dass diese ‚Vorläufigkeit‘ vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts dauerte,

war unwichtig –, wurden die ausgesiedelten Deutschen zu ‚Repatrianten‘, d.h. zu Personen, die in ihr eigentliches Vaterland zurückkehrten, wobei diese Formulierung ursprünglich für die Polen benutzt worden war, die aus den früheren polnischen Ostgebieten in das Territorium der Polnischen Volksrepublik umgesiedelt wurden.“¹⁶

Der Logik dieser Konzeption entsprechend wurden in der Darstellung der Geschichte Ostpreußens, Schlesiens oder Pommerns vor 1945 die polnischen Aspekte übermäßig herausgestellt, während gleichzeitig alle Informationen über die deutsche Vergangenheit einzelner Städte und Regionen reduziert oder geradezu ausgelöscht wurden. Ein Beispiel dafür liefert das Stichwort „Opole“ in einem populären Lexikon, wo der Leser höchstens anhand der erwähnten Namen der polnischen Organisationen (wie z.B. des „Polnischen Pfadfinderverbandes in Deutschland“) darauf kommen konnte, dass nicht nur die genannten Organisationen dort, sondern auch die ganze Stadt Oppeln einst zu Deutschland gehört hatte. Das Verwischen aller Spuren der deutschen Vergangenheit bildete einen der wichtigsten Bestandteile der Polonisierungspolitik und führte zur Zerstörung aller sichtbaren Formen des deutschen Kulturerbes bzw. verurteilte sie durch mangelnde Fürsorge zum Untergang. Robert Traba erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die gezielte Zerstörung der polnischen Kultur während der deutschen Besatzung das entscheidende Argument in der Diskussion lieferte, ob alte, d.h. „ehemals deutsche“ Kulturdenkmäler aufgebaut und erhalten werden sollten.¹⁷

In der offiziellen Version der Geschichte wurden nur rudimentäre, oft ganz einfach falsche Informationen über die Geschicke der deutschen Bevölkerung innerhalb der neuen Grenzen Polens gegeben. Borodziejs Analyse zur Historiographie in der Volksrepublik Polen enthält eine

¹⁶ Kompleks wypędzenia – raport końcowy [Der Vertreibungskomplex – Schlussbericht], hrsg. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und ARTUR HAJNICZ, Warszawa 1996, S. 43. Eine vertiefte Analyse des Begriffs der „Vertreibung“ und verwandter Begriffe im Verständnis der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung findet sich bei WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Historiografia polska o „wypędzeniu“ Niemców [Die polnische Historiographie über die „Vertreibung“ der Deutschen], in: Polska 1944/45-1989. Studia i materiały, Bd. 2, Warszawa 1997, S. 249-269, hier S. 255.

¹⁷ ROBERT TRABA, Mogiły wrogów? Wschodniopruskie cmentarze wojenne w perspektywie przemian kulturowych 1915-1995 [Gräber der Feinde? Die ostpreußischen Soldatenfriedhöfe in der Perspektive der kulturellen Veränderungen von 1915 bis 1995], in: Przegląd Zachodni 53 (1997), Nr. 3, S. 55-69.

lange Liste verschwiegener oder unwahr dargestellter Themen.¹⁸ Wenn wir uns hier auf die wichtigsten Beispiele beschränken, müssen zahlreiche Fragen gestellt werden: In welchem Zustand befanden sich die Gebiete und die Bevölkerung, die 1945 von den polnischen Behörden übernommen wurden, welche Rolle erfüllten die sowjetischen Institutionen und insbesondere die Rote Armee; diskutiert werden müssen die Maßnahmen der polnischen Behörden gegen die Deutschen – einschließlich der Politik gegenüber den sog. Autochthonen und Volksdeutschen –, die Haltung der deutschen Bevölkerung, der Situation der am stärksten benachteiligten Gruppen (Frauen, Kinder und Greise), die Beziehungen zwischen den Deutschen (bzw. den als Deutsche geltenden Gruppen) und der eingewanderten Bevölkerung, die Frage nach Revanche und Rache an den Deutschen, darunter auch die Problematik der Repressionen und Verfolgungen (insbesondere das Thema der Zwangsarbeitslager), Fragen der Verpflegung, auftretender Krankheiten und der hohen Sterblichkeitsrate unter der deutschen Bevölkerung sowie die Bedingungen und der Verlauf der Zwangsaussiedlungen.

Borodziej systematisiert die polnische Historiographie entsprechend ihren inhärenten „Interpretationsmustern“, welche die Vertreibung der deutschen Bevölkerung erklären sollten. Die Verfasser solcher Arbeiten verwendeten für dieses Phänomen in der Regel natürlich nicht den Begriff „Vertreibung“, was in Borodziejs Studie einen besonderen Gegenstand der Reflexion darstellt. Alle dargestellten Interpretationen – die „minimalisierende“, die „Potsdamer“ und die „Migrationsthese“ – führten zu einer einseitigen Geschichtsschreibung, die das Bild der Vergangenheit mehr oder weniger verzerrte. Sie zeichnete sich durch willkürliche und tendenziöse Quelleninterpretation aus, beschränkte sich in der Regel auf polnische Dokumentationen, und blendete vor allem alle diejenigen Aspekte aus, welche die polnische Seite in einem ungünstigen Licht erscheinen ließen. Das Bild von Polen und Deutschen folgte Schwarz-Weiß-Stereotypen; die Deutschen wurden als eine für Polen fortwährend gefährliche Nation dargestellt. Nicht reflektiert wurde, dass es sich bei den Vertriebenen um wehrlose Menschen handelte, die in ihrer Mehrheit keine persönliche Schuld am Nationalsozialismus trugen. Das Verhalten der Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung wurde idealisiert. Die für die Deutschen ungünstigen Umstände der Aussiedlung

¹⁸ BORODZIEJ, Historiografia polska (wie Anm. 16)..

erklärten die Autoren dieser Arbeiten meist mit objektiven Ursachen und mit der Haltung der Ausgesiedelten selbst.

Borodziejs Schlussfolgerung ist zuzustimmen, dass es sich hierbei nur teilweise um wissenschaftliche Literatur handelte:

„Gleichzeitig war es im zumindest gleichen Maße politische Überzeugungsliteratur, die den Leser von der Unrichtigkeit oder gar Grundlosigkeit der Vorwürfe an Polen und die Polen überzeugen wollte, die von der westdeutschen Literatur im Zusammenhang mit der ‚Vertreibung‘ erhoben wurden; diese Literatur war übrigens von recht ähnlichen Regeln geprägt.“¹⁹

Die offizielle Historiographie konnte bis zum Ende der achtziger Jahre nicht viel Neues liefern. Aber auch die außerhalb der Zensur publizierte Historiographie sowie die in der Emigration entstandenen Arbeiten beschäftigten sich nicht mit der polnisch-deutschen Problematik, sondern konzentrierten sich eher auf andere Lücken in der Geschichte, insbesondere auf die Geschichte der Volksrepublik und der polnisch-sowjetischen Beziehungen.

7. Nichtkommunistische Interpretationen des deutsch-polnischen Verhältnisses

Eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Barriere des feindlichen Schweigens zwischen Polen und Deutschen spielten die Initiativen christlicher Kirchen in Deutschland (zuerst seitens der evangelischen Kirche), dann von polnischer Seite das „Schreiben der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder in Christus“ vom 18.11.1965. Entgegen der in Polen landläufigen Überzeugung von der ewigen Feindschaft erinnerte dieses Dokument auch daran, was beide Nationen in ihrer tausendjährigen Geschichte miteinander verband; erwähnt wurden auch die deutschen Opfer des Nationalsozialismus, und das Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Polen zugesprochenen Gebieten wurde anerkannt. Die polnischen Bischöfe verwendeten den Begriff „Vertriebene“ in der Bedeutung, die er in Deutschland besaß, und zugleich entgegen dem bisherigen Sprachgebrauch in Polen. Ihr Schreiben würdigte insbesondere die deutschen Kämpfer und Märtyrer der antinazi-

¹⁹ Ebd., S. 262.

stischen Widerstandsbewegung in Deutschland; Informationen zu diesem Thema wurden im offiziellen Bildungswesen in Polen erst in den siebziger Jahren für breitere Kreise zugänglich. Die Einladung zum Dialog an die deutschen Bischöfe (und mit ihnen an die deutschen Katholiken) basierte also auf einem anderen Verständnis der kollektiven Erinnerung in Polen als dies bis zu diesem Zeitpunkt von der Staatsführung festgelegt und – auch das muss gesagt werden – von der Gesellschaft akzeptiert wurde. Gleichzeitig kam sie der deutschen Sensibilität entgegen. Die Worte „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ stellten allerdings für die Polen eine außerordentlich schwierige Herausforderung dar.

Obwohl die historische Bedeutung dieses Schreibens bis zum heutigen Tag gut dokumentiert ist, gehen die Urteile über seine Rezeption in der polnischen Gesellschaft immer noch weit auseinander. Der Wahrheit am nächsten kommt wohl die Diagnose, dass die Reaktionen der meisten Polen lange „zwischen Ablehnung und Unverständnis“ der Intention dieses Briefes schwankten.²⁰ Vorwürfe der staatlichen Propaganda, die den Episkopat des Verrats an der polnischen Staatsräson bezichtigten, hielt die Mehrheit der Bevölkerung für begründet. Andererseits mobilierten die Angriffe gegen die Kirche einen Teil der öffentlichen Meinung zu Solidaritätsbekundungen, womit zugleich eine Distanzierung gegenüber dem System deutlich wurde. Aber dies bedeutete noch keinen Durchbruch in den Anschauungen über die Vertreibung oder eine Revision des Verhältnisses zu den Deutschen.

Erst langfristig erfüllte der Schritt der Bischöfe die Rolle eines moralischen Wegweisers. Zunächst war er nur für engumrissene Eliten verständlich, deren politisch, religiös, moralisch oder historisch motiviertes Bestreben zur Anknüpfung eines Dialogs nicht die öffentliche Meinung widerspiegelte. Deshalb kann das Verdienst der unabhängigen Intelligenz – wie der Klubs der Katholischen Intelligenz oder der Kreise der demokratischen Opposition – bei der Herausbildung eines neuen Denkens über Deutschland gar nicht hoch genug gewürdigt werden.

Erinnert werden muss insbesondere an einen Wegbereiter dieses Prozesses, den Moralisten Jan Józef Lipski. In seinem 1981 veröffentlichten Essay über „Größenwahn und Fremdenfeindlichkeit der Polen“²¹

²⁰ Kompleks wypędzenia (wie Anm. 16), S. 46.

²¹ JAN JÓZEF LIPSKI, Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy. Uwagi o megalomanii narodowej i ksenofobii Polaków [Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zur nationalen Megalomanie und Xenophobie der Polen], in: Powiedzieć sobie wszystko. Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim / Wir müssen uns alles sagen. Essays über die polnisch-

legte er überzeugend die Notwendigkeit dar, die Mythen und falschen Vorstellungen in der polnischen Wahrnehmung der Geschichte der Beziehungen mit Deutschland von Lügen zu befreien. Dieses Thema war – so Lipski – auf Beispiele der Feindschaft reduziert worden, während all das unberücksichtigt blieb, was die Polen den Deutschen in kultureller und zivilisatorischer Hinsicht zu verdanken hatten. Verdrängt wurde auch die eigene Schuld im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen. Die Polen müssten zugeben, dass sie, selbst wenn sie das unmöglich zu vermeidende geringere Übel wählen mussten, dieses Übel dennoch nicht „gut“ nennen dürfen, sowie dass das Zufügen von Leid „eine moralische Verpflichtung schaffe.“²² Dies gebiete u.a., das von den Deutschen hinterlassene kulturelle Erbe zu schützen – ohne Lügen und ohne Verschweigen, dass es sich dabei um Errungenschaften der deutschen Kultur handele. Die Anerkennung der Vertreibung als ein Übel bilde ein moralisches Gebot, das für jeden Christen bindend sei. Auf dieser – durch pragmatische und historische Prämissen ergänzten – Grundlage sollten sich die Polen mit den Deutschen aussöhnen.

Lipskis Ansichten setzten den moralischen Standard für die Reflexion über die polnisch-deutschen Angelegenheiten bzw. präzisierten diesen – im Kontext des vorangegangenen Schreibens der polnischen Bischöfe – genauer. Dieser Standard sollte von nun ab in den Kreisen der demokratischen Opposition als Vorbild fungieren. Bei den Historikern stießen seine Thesen hingegen auf kein größeres Interesse.

Die seit den siebziger Jahren entstehenden unabhängigen und oppositionellen Gruppen warfen den kommunistischen Machthabern vor, sie würden die Beziehungen zu Deutschland instrumentell behandeln und die Gesellschaft mittels der deutschen Frage manipulieren, um ihre Aufmerksamkeit von der Krise des Kommunismus abzulenken, so dass sie kein Recht hätten, im Namen der Nation zu sprechen. Vor allem das Problem der Grenze würde – wie betont wurde – zur Verteidigung des Regimes und der Vorherrschaft der UdSSR instrumentalisiert. Gleichzeitig verteidigten sowohl sozialdemokratisch als auch nationalistisch oder konservativ orientierte Gruppen einhellig die Unverletzlichkeit der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Bei der Begründung wiederholten

²² deutsche Nachbarschaft. Gliwice / Warszawa 1996, S. 36-81, hier S. 45. Die Ausgabe bietet den Text in polnischer und deutscher Fassung.

²² Ebd., S. 44.

sie bemerkenswerterweise auch Argumente, die seit 1945 von den Machthabern der Volksrepublik vorgebracht wurden.

Zu Fragen der Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen, zur Beurteilung der deutschen Nation sowie über die Schlussfolgerungen für die Zukunft gab es dagegen durchaus Meinungsverschiedenheiten. Im Verständnis der Sozialdemokraten gehörte der Krieg der Vergangenheit an, die weitgehend überwunden war oder deren Überwindung heranreifte und deshalb heute nicht mehr so viel Aufmerksamkeit erforderte. Es seien die Kommunisten, die immer wieder an die Besatzungszeit erinnerten, um das Gefühl der Bedrohung aufrechtzuerhalten und das *Junktim* zwischen dem Sozialismus und der Sicherheit Polens zu wahren. Indessen hätten die Westdeutschen mit dem Nationalsozialismus abgerechnet, Wiedergutmachung geleistet und die westlichen Werte übernommen. Man müsse ihnen vergeben, und was die Geschichte betreffe, dürfe man auch die Leiden der deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit den Aussiedlungen nicht vergessen. Nicht das deutsche Volk sei der Feind der Polen, sondern der Faschismus – schließlich waren nicht alle Deutschen Nazis. Ähnlich sei es jetzt: Die Polen kämpften nicht gegen die Völker der UdSSR, sondern gegen den Kommunismus, der zusammen mit dem Faschismus die Zwillingsgestalt des Totalitarismus bilde. Durch einen Bruch mit Stereotypen und eine Umwertung ihrer Sicht der polnischen Geschichte müssten sich die Polen von den historischen Belastungen befreien und sich im Namen der Idee eines vereinigten Europa mit Deutschland aussöhnen.

Die konservativen und nationalen Kreise gingen in ihren Betrachtungen von Kategorien aus, die in der polnischen nationalistischen Bewegung seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden waren, z.B. von der Überzeugung, dass die polnisch-deutschen Beziehungen unverändert auf dem Prinzip des Kampfes basierten und nur dessen Form sich wandle. Die Antwort dieser Gruppen auf die entscheidende Frage, ob und inwieweit Polen im gegenwärtigen Augenblick bedroht sei, fiel unterschiedlich aus. Generell beurteilte man die Veränderungen innerhalb der deutschen Nation skeptisch, besonders was die Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit betraf. Die Möglichkeit einer Versöhnung wurde von zahlreichen Vorbehalten abhängig gemacht, wenn auch im Allgemeinen nicht geleugnet wurde, dass Deutschland auf eine Politik der Stärke verzichtet habe. Als Haupthindernis in den gegenseitigen Beziehungen galt das Erbe des Krieges und oft auch die Unterschiede im Nationalcharakter von Polen und Deutschen.

Krystyna Rogaczewska fasst ihre Untersuchungen über die intellektuellen Resultate der oppositionellen Gruppen in dem Urteil zusammen, dass sie keine tiefgreifendere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen enthielten. In ihrer Sicht des Zweiten Weltkrieges beschränkten sie sich auf Stellungnahmen zum Problem der NS-Verbrechen, während die Frage der Verantwortlichkeit des deutschen Volkes als solches im Prinzip übergangen werde, obwohl diese zu den wichtigsten Themen im polnischen Denken nach 1945 gehört habe.²³

Zutreffend scheint Rogaczewskas Feststellung zu sein, dass die Ansichten über Deutschland in den Äußerungen der Opposition ein Ausdruck ihres Kampfes gegen den Kommunismus waren und insbesondere eine Reaktion auf die instrumentelle Deutschfeindlichkeit des Regimes darstellten. In diesem Zusammenhang hat die Opposition das der Bevölkerung von der offiziellen Propaganda unentwegt vorgehaltene Schwarz-Weiß-Bild der beiden deutschen Staaten gewissermaßen umgedreht. In ihrem Verständnis waren die guten Eigenschaften auf Westdeutschland beschränkt, das gleichsam idealisiert wurde, während den Deutschen aus der DDR solche positiven Eigenschaften völlig abgesprochen werden. Diese Einstellung beinhaltete das Risiko, die Deutschfeindlichkeit mit Hilfe des Antisowjetismus überwinden zu wollen, wobei die historische Reflexion gegenüber der moralischen zurück trat.

Was dagegen die politischen Konzeptionen betrifft, so wurden vor 1989 – mit ganz wenigen Ausnahmen – eigentlich keine programmatischen Vorschläge entwickelt (jedenfalls sind solche nicht veröffentlicht worden), welche die Außenpolitik, die polnisch-deutschen Beziehungen, die Frage der deutschen Wiedervereinigung oder überhaupt Fragen der internationalen Politik betrafen. Selbst wenn manche Kreise der demokratischen Opposition den Zusammenhang zwischen den Konsequenzen der Überwindung der „Ordnung von Jalta“ für Polen und Deutschland schon früher schweigend akzeptiert hatten, so waren die Mitglieder der „Allianz für die polnische Unabhängigkeit“ (PPN) zweifellos Wegbereiter dieses Gedankens. Diese Gruppierung vertrat bereits Ende der siebziger Jahre die damals schockierende These, dass es zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen müsse, wenn Polen sich nach Westen orientieren soll.

²³ KRYSTYNA ROGACZEWSKA, Niemcy w myśli politycznej polskiej opozycji w latach 1976-1989 [Deutschland im politischen Denken der polnischen Opposition in den Jahren 1976-1989], Wrocław 1998, S. 115.

8. Nachlassende Intensität des negativen Deutschland-Bildes nach 1970

Der Warschauer Vertrag von 1970 mit der Festschreibung der Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze reduzierte in Polen die Ängste vor dem deutschen Revisionismus. Dadurch wurde das Ausspielen der deutschen Karte als Instrument der Innenpolitik unwirksam, und die sowjetischen Garantien verloren ihren Stellenwert als einzige Sicherung dieser Grenze. Die Beschränkungen durch die Zensur (d.h. ideologisch-politische Determinanten) vereiteln andererseits eine umfassende Aufklärung über die Bedeutung dieses Normalisierungsabkommens. So wurde z.B. in der propagandistischen Begründung des Einmarsches der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei im Sommer 1968 das Argument benutzt, ein Sieg der „Konterrevolution“ würde die Bedrohung dieser Grenze noch verstärken, weil dann ein deutsch-tschechisches Bündnis entstehen würde. Einen beredten Beweis dafür, wie wenig funktional die Grenzproblematik in der Hand der Partei inzwischen war, lieferte der Ausbruch sozialer Unruhen an der Ostseeküste im Dezember 1970 und der Sturz Gomułkas unmittelbar nach seinem großen Erfolg – der Unterzeichnung des Abkommens mit Brandt.

Sowohl der Stand der bilateralen Beziehungen als auch die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen ließen die deutschfeindliche Propaganda wirkungslos werden. Ein Grund dafür lag in der Kompromittierung der Parolen der sog. (materiellen) Erfolgspropaganda. Mit ihrer Hilfe – sowie mit u.a. in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen Anleihen – versuchte die 1970 angetretene Führung die abreißende Verbindung mit den Massen wiederherzustellen. Größeren Einfluss auf die Phantasie breiter Massen der Gesellschaft hatte in den siebziger Jahren die bis dahin unbekannte Entwicklung persönlicher Kontakte zwischen Polen und Deutschen.

Auch die Propaganda gegen die Vertriebenenverbände verstummte – die Behörden strebten jetzt eine Marginalisierung dieser Frage an. Es scheint, dass die Amnesie, die eigentlich von Anfang an die Geschichte der heutigen polnischen Westgebiete umfasste, nicht nur den Interessen der Machthaber diente, sondern auch den neuen Bewohnern half, ihre psychologischen Probleme zu lösen, und ihre soziale und kulturelle Anpassung erleichterte. Wahrscheinlich bestand dabei ein Zusammenhang zwischen dem Schweigen über die Vertreibung der Deutschen und dem Verschweigen der Vertreibung der Polen aus ihrer Heimat in Ost-

polen. In diesem Kontext wird auch die Rolle der „Piasten-Theorie“ als einer geschichtsphilosophischen Prothese verständlicher, welche die amputierten Teile der Geschichte ersetzen musste. Das „von oben“ verordnete oder wenigstens erlaubte Vergessen ermöglichte offensichtlich, peinliche Fragen nach der eigenen Beteiligung, Verantwortung und Schuld in der Vergangenheit zu vermeiden. Aber wahrscheinlich werden wir auf der Suche nach den Quellen und Motiven dieser kollektiven Amnesie auch im Syndrom des schlechten Gewissens keine erschöpfende Antwort finden. Die Leichtigkeit des Vergessens hatte ihren Grund nämlich auch darin, dass die Menschen endlich „eine Heimat“ haben wollten und deshalb Angst vor einer Rückkehr der Deutschen hatten.

In den achtziger Jahren wurden letzte Versuche einer Stabilisierung und Reintegration der Gesellschaft in das System unternommen, die auch auf dem Gebiet der Vergangenheitspolitik erkennbar wurden. Gleich nach der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 versuchte die Staatsführung noch einmal, das Schreckgespenst des deutschen Revisionismus in Dienst zu nehmen, aber das machte keinen größeren Eindruck mehr auf die Menschen. Ein positives Echo löste dagegen in breiten Kreisen der Gesellschaft die Paketaktion der Jahre 1982-1983 aus, die zweifellos zu einer weiteren positiven Veränderung des Bildes von Westdeutschland beitrug. Die Propaganda griff jetzt stärker als vorher auf nationale Traditionen zurück, besonders in Bezug auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Dies zeigte einerseits die Erschöpfung aller Überredungskünste, andererseits entsprang es aber in gewissem Maße auch den Ideen der Equipe um General Wojciech Jaruzelski, den Sozialismus zu reformieren, um ihm ein mehr polnisches Antlitz zu geben. Tomasz Szarota ist der Ansicht, dass diese Gruppe

„[...] die Notwendigkeit einer Liberalisierung des politischen Kurses, einer Milderung der Zensur, einer wahrheitsgemäßen Erklärung z.B. der Zusatzprotokolle zu den deutsch-sowjetischen Abkommen vom August und September 1939 oder der Verbrechen von Katyn sowie der Zuerkennung eines *suum cuique* an die den Polen so teure Heimatarmee durchaus erkannten. Daher war die Zensur [historischer Themen] in Volkspolen paradoxerweise gerade in der Zeit des Kriegsrechts am liberalsten. Zweifellos waren die Machthaber bemüht, die Unterstützung der Gesellschaft gerade

durch das Demonstrieren ihres Patriotismus zu gewinnen – was ihnen bekanntlich nicht gelungen ist.“²⁴

Eine der letzten Manifestationen dieser Politik bildete die Erklärung aus Anlass der Feiern zum Tag des Sieges am 9. Mai 1989, d.h. buchstäblich in den letzten Wochen der kommunistischen Regierung, dass allen polnischen Kämpfern aus der Zeit des Krieges gleichermaßen Huldigung gebühre.

9. Zusammenfassende Bemerkungen

In der Vergangenheitspolitik in Volkspolen gab es starke Spannungen, die sowohl aus dem außergewöhnlichen Charakter der Vergangenheit in den Jahren 1939-1945 resultierten als auch aus der Art und Weise ihrer Interpretation und ihrer Funktionalisierung – einerseits durch die Machthaber und andererseits durch die Bevölkerung selbst. Machthaber wollen bekanntlich nie auf ihre Herrschaft über die in der Erinnerung der Gesellschaft eingeprägte Vergangenheit verzichten. Für die Kommunisten war die Eroberung dieser Herrschaft eine Bedingung *sine qua non* für die Umsetzung der Idee der totalen Macht, deshalb behandelten sie die Geschichte, besonders bis 1956, als Hauptfront im Kampf um die Veränderung des Bewusstseins – um die „Umschmiedung der Seelen“ der Polen. Auf diese Weise wurde gleichzeitig der Verlauf der Front zur Verteidigung der nationalen Identität der Polen vorgegeben. So schloss sich das System widersprüchlicher Bestrebungen – einerseits zur Inbesitznahme und Monopolisierung der historischen Traditionen durch die Machthaber und auf der anderen Seite zu ihrer Verteidigung und Rückgewinnung durch die Gesellschaft.

Die Kommunisten verstanden die Vergangenheit in erster Linie als Instrument zur Realisierung ihrer Ziele. Ihre Version der Geschichte, die in ihren entscheidenden Aspekten zu einer Mythologie des Sieges im Zweiten Weltkrieg wurde, erfüllte eine ganze Reihe politischer Funktionen. Innenpolitisch hingen diese vor allem mit der Legitimierung des Systems und darüber hinaus mit der Mobilisierung der Gesellschaft und

²⁴ TOMASZ SZAROTA, Życie z historią lub „żywa historia“. II wojna światowa w świadomości Polaków po 50 latach [Leben mit der Geschichte oder „lebendige Geschichte“. Der Zweite Weltkrieg im Bewusstsein der Polen nach 50 Jahren], in: Polska 1944/45-1989 (wie Anm. 16), S. 235-247, hier S. 238.

der Bekämpfung der Opposition zusammen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die deutsche Frage, die als funktionale Ebene für eine zugleich nationale wie systembezogene Integration der Gesellschaft genutzt wurde. Außenpolitisch wurde die Erinnerung an den Krieg und das negative Bild von den Deutschen zur Bekämpfung der Bundesrepublik Deutschland instrumentalisiert. Die Deutschfeindlichkeit sollte auch bei der Überwindung der Antipathien der Polen gegenüber der UdSSR helfen. Dazu diente jedoch vor allem die Fälschung und Tabuisierung anderer Bereiche der Geschichte, die im kollektiven Gedächtnis der Polen tief eingraviert waren.

Es wäre jedoch zu einfach zu sagen, dass die Stimmungen der Furcht und Feindschaft gegen die Deutschen, deren Ursprung in der Erinnerung an den Krieg lagen, in Polen einzig durch die kommunistische Propaganda an Einfluss gewannen. Sie waren durchaus auch von der Politik der Bundesrepublik Deutschland und der Einstellung der westdeutschen Gesellschaft abhängig, die von der Propaganda der Volksrepublik Polen allerdings auf recht tendenziöse Weise dargestellt wurde.

Die Vergangenheitspolitik der Kommunisten besaß ihre innere Dynamik, die sich u.a. im Aufgreifen von Elementen der patriotischen Tradition zeigte. Dadurch konnte zwar die Niederlage der Kommunisten im Kampf um die „Seele der Nation“ nicht vermieden werden, aber es war unmöglich, dass diese Politik keine Spuren im Bewusstsein der Gesellschaft hinterließ. Im Endeffekt verschmolzen Vorstellungen unterschiedlicher Herkunft oft in mythisierter Form miteinander.

Der Krieg war für die Polen in den Jahren 1945-1989 lebendige und immer wieder in Erinnerung gerufene Geschichte. Sein Bild verfestigte sich am stärksten in Form einer heroisch-martyrologischen Tradition. Indem die Gesellschaft die nationalen Traditionen verteidigte, konservierte sie zugleich die darin enthaltenen Mythen und Vorurteile, wie das Stereotyp von den „guten Polen“ und den „bösen Deutschen“, trotzte den Umwertungen ihrer Geschichte und konzentrierte ihre Energie auf politische Forderungen. Die Polen, die mit Recht die Außergewöhnlichkeit ihrer Geschichte betonten, wussten zumeist nicht viel von den Erlebnissen, Leiden und Verdiensten der anderen Nationen im Kriege.

Oppositionelle Milieus und Gruppen begannen sich der instrumentellen Behandlung der Vergangenheit seitens der Machthaber sowie den Denkschemata der Polen über die Geschichte der polnisch-deutschen Bezie-

hungen immer mehr zu widersetzen. Sie schwächen das Stereotyp des Deutschen als Erbfeind ab oder verworfen es generell. Die Deutschen wurden in einem neuen Licht als Europäer dargestellt und die polnisch-deutsche Versöhnung als eine Bedingung für den Aufbau eines vereinigten Europa verstanden. Auf diese Weise bahnten sie den Weg zu einer Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen und zu einer neuen polnischen Vergangenheitspolitik nach der Wiedererlangung der Souveränität.

Aus dem Polnischen übersetzt von Herbert Ulrich

Literaturhinweise

Stanisław T. Bębenek, *Myślenie o przeszłości* [Denken über die Vergangenheit]. Warszawa 1981 (beschreibt die Veränderungen im Geschichtsbewusstsein in Polen von 1947 bis 1966, auf der Basis gesellschaftspolitischer und kultureller Presseartikel).

Włodzimierz Borodziej, *Historiografia polska o „wypędzeniu“ Niemców* [Die polnische Historiographie über die „Vertreibung“ der Deutschen]. In: *Polska 1944/45-1989. Studia i materiały*. Bd. 2. Warszawa 1997 (eine kritische Analyse der polnischen Historiographie zum Thema der Vertreibung der Deutschen).

Kompleks wypędzenia – raport końcowy [Der Vertreibungskomplex – Schlussbericht]. Hrsg. von Włodzimierz Borodziej/Artur Hajnicz. Warszawa 1996 (Schlussbericht zur Realisierung des Programms „Der Vertreibungskomplex“ mit einer Reihe von Konferenzen, Seminaren und Untersuchungen, an dem etwa 200 Personen aus einem Dutzend wissenschaftlicher Zentren in Polen und der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen).

Edmund Dmitrów, *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945-1948* [Die Deutschen und die hitlerdeutsche Okkupation in den Augen der Polen. Ansichten und Meinungen aus den Jahren 1945-1948]. Warszawa 1987 (Studie zu den Hauptproblemen der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Krieg in Polen, u.a. Interpretationen des Nationalsozialismus, zur Charakteristik der deutschen Nation, zur Frage der Verantwortlichkeit für den Nationalsozialismus sowie über die Vergangenheitspolitik der kommunistischen Machthaber).

Jerzy Holzer, Uraz, nacjonalizm, manipulacja. Kwestia niemiecka w komunistycznej Polsce [Trauma, Nationalismus, Manipulation. Die deutsche Frage im kommunistischen Polen]. In: Rocznik polsko-niemiecki 1 (1992), S. 7-17 (Analyse zur Funktionalisierung der deutschen Frage in der Innen- und Außenpolitik der Volksrepublik Polen)

Krystyna Kersten, Między wyzwoleniem a zniewoleniem. Polska 1944-1956 [Zwischen Befreiung und Knechtung. Polen 1944-1956]. Londyn 1993 (Sammlung von Essays aus den Jahren 1985-1990 über die Rolle, die Geschichte, Tradition und Erinnerung in den Haltungen der polnischen Gesellschaft gegenüber dem Kommunismus spielte).

Jan Józef Lipski, Powiedzieć sobie wszystko. Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim / Wir müssen uns alles sagen. Essays über die polnisch-deutsche Nachbarschaft. Gliwice / Warszawa 1996 (zweisprachige Sammlung von Essays über das historische Bewusstsein und die Haltungen der Polen gegenüber anderen Völkern wie den Deutschen, den Russen und den Juden. Der Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen über nationalen Größenwahn und Xenophobie der Polen“ von 1981 (S. 36-81) spielte für die Meinungsbildung der demokratischen Opposition in den achtziger Jahren eine wichtige Rolle).

Anna Pawełczyńska, Żywa historia – pamięć i ocena lat okupacji [Lebendige Geschichte – Gedächtnis und Bewertung der Jahre der Besatzung]. Warszawa 1977 (empirische Analyse der Ergebnisse von Befragungen einer repräsentativen Stichprobe der polnischen Bevölkerung 1975 über ihre Erinnerungen aus den Jahren des Krieges und der Besatzung; auf dieser Basis wurden allgemeine Funktionsmechanismen der kollektiven Erinnerung interpretiert).

Krystyna Rogaczewska, Niemcy w myśl politycznej polskiej opozycji w latach 1976-1989 [Deutschland im politischen Denken der polnischen Opposition in den Jahren 1976-1989]. Wrocław 1998 (Präsentation der Ansichten der verschiedenen Strömungen der antikommunistischen Opposition zu Deutschland und den polnisch-deutschen Beziehungen im Kontext der Projekte eines künftigen Europa; Konzeptionen der Aussöhnung mit dem deutschen Volk).

Tomasz Szarota, Życie z historią lub „żywa historia“. II wojna światowa w świadomości Polaków po 50 latach [Leben mit der Geschichte oder „lebendige Geschichte“: Der Zweite Weltkrieg im Bewusstsein der Polen nach 50 Jahren]. In: Polska 1944/45-1989. Studia i materiały.

Bd. 2. Warszawa 1997, S. 235-247 (Studie über den 2. Weltkrieg im Bewusstsein der heutigen Polen und den Stellenwert der Kriegsproblematik in der polnischen Geschichtstradition).